

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Jugend und Soziales</b>	Datum <b>27.11.2007</b>
	Schriftführer                      Telefon-Nr. <b>Hans-Jörg Fedder                      02202/14-2865</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Sozialausschuss</b>	<b>Sitzung am Mittwoch, dem 14. November 2007</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:00 Uhr - 19:05 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnungspunkt</b>	
<b>Inhalt</b>	

**A      Öffentlicher Teil**

- 1.      Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**  
*Seite A 3*
- 2.      Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 05.09.2007 - öffentlicher Teil -**  
*Seite A 3*
- 3.      Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 05.09.2007 - öffentlicher Teil**  
*561/2007*  
*Seite A 4*
- 4.      Mitteilungen der Vorsitzenden**  
*Seite A 4*
- 5.      Mitteilungen des Bürgermeisters hier: Sitzungstermine 2008**  
*579/2007*  
*Seite A 4*
- 6.      Wirksamkeit von Zuschüssen im Bereich Soziales bezogen auf das Jahr 2006**

- 521/2007 *Seite A 5*
7. **Vorberatung des Teilhaushalts für den Fachbereich 5 - Jugend und Soziales für das Jahr 2008**  
**hier: Bereich Soziales**  
520/2007 *Seiten A 5 ff*
8. **Zielvereinbarung für die soziale Versorgung für die Senioren und Seniorinnen 2008 - 2013**  
590/2007 *Seiten A 10 f*
9. **Vorstellung des Projektes "Mobiler Sozialer Hilfsdienst" der Evangelischen Kirchengemeinde Bergisch Gladbach, Gnadenkirche**  
572/2007 *Seiten A 4 f*
10. **Entsendung eines Mitglieds des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundige Einwohnerin in den Jugendhilfeausschuss**  
566/2007 *Seiten A 11 f*
11. **Jahresbericht der Internationalen Begegnungsstätte**  
575/2007 *Seite A 12*
12. **Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil** *Seiten A 12 ff*
- 

- B Nichtöffentlicher Teil** *Seite B 1*
1. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 05.09.2007 - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 05.09.2007 - nichtöffentlicher Teil**  
581/2007
3. **Mitteilungen der Vorsitzenden**
4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
5. **Anfragen der Ausschussmitglieder - nichtöffentlicher Teil**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende, Frau Schöttler-Fuchs, eröffnet die 12. Sitzung des Sozialausschusses in der 7. Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach.

Unter Verlesung des Verpflichtungstextes wird der sachkundige Bürger Herr Schmidt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) in feierlicher Form in sein Amt eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Frau Schöttler-Fuchs stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Folgende Ausschussmitglieder werden vertreten

- Herr Hoffstadt (SPD-Fraktion) von Herrn Becker
- Frau Schreiber (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) von Herrn Schmidt
- Frau Böcher (Fraktion KIDinitiative) von Frau Alef

Frau Schöttler-Fuchs, weist darauf hin, dass zu TOP

#### **A 9: Vorstellung des Projektes „Mobiler Sozialer Hilfsdienst“ der Evangelischen Kirchengemeinde Bergisch Gladbach, Gnadenkirche**

Gäste anwesend sind, die das Projekt vorstellen möchten. Auf ihren Vorschlag hin ist der Sozialausschuss damit einverstanden, dass dieser Punkt vorgezogen wird.

<-@

#### 2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 05.09.2007 - öffentlicher Teil -

@->

Herr Schnöring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erinnert an eine Nachfrage seiner Fraktion zu TOP A 11 – Jahresbericht der K – A – S, inwieweit die Fallmanager die Leistungsempfänger auf die Vergünstigungen des Löwenpasses hinweisen. Ihm sei erneut berichtet worden, dass solche Hinweise nicht erfolgen. Herr Schnöring fragt, wie solche Hinweise erfolgen. Er bittet darum sicherzustellen, dass diese Hinweise erfolgen.

Herr Hastrich erklärt, die Leistungsberechtigten würden mündlich durch den jeweils zuständigen Sachbearbeiter darauf hingewiesen. Für den Fall, dass Herrn Schnörings Informationen jüngeren Datums seien, würden sie jedoch nicht überraschen. Die Mittel für den Löwenpass wurden gedeckelt; sie seien erschöpft, sodass derzeit keine Anträge bewilligt werden könnten und deshalb auch keine Hinweise erfolgten.

Die Niederschrift wird genehmigt.

<-@

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 05.09.2007 - öffentlicher Teil**

@->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 **Mitteilungen der Vorsitzenden**

@->

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich für die ihr zugegangenen Genesungswünsche des Ausschusses.

Beim Integrationsbeirat bedankt sie sich für die Veranstaltung „Die ganze Welt in unserer Stadt“ in der letzten Woche. Diese Veranstaltung sei gelungen und wurde gut besucht. Am 17.11. finde eine Veranstaltung „25 Jahre Integrationsbeirat“ im Ratsaal statt.

<-@

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**  
**hier: Sitzungstermine 2008**

@->

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

9 **Vorstellung des Projektes "Mobiler Sozialer Hilfsdienst" der Evangelischen Kirchengemeinde Bergisch Gladbach, Gnadenkirche**

@->

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt Frau Pelz und Frau Klaus von der Gnadenkirche, die sich zunächst vorstellen und dann über den Mobilien Sozialen Hilfsdienst berichten.

Herr Schnöring sieht es als einen wesentlichen Punkt für die Notwendigkeit des Mobilien Sozialen Hilfsdienstes, Senioren länger als bisher ein Leben in ihrer eigenen Wohnung zu ermöglichen. Auf seine Anfrage erklärt Frau Pelz, ihre Erfahrungen zielen auf die sehr zögernde Verteilung der Pflegestufen. Die Einstufung in eine Pflegestufe sei die Voraussetzung für die Aufnahme in ein Heim, weil das Heim sonst selbst bezahlt werden müsse. Wer keine Pflegestufe bekomme, aber z. B. den Keller nicht mehr säubern oder keine Einkäufe mehr erledigen könne, sei auf den Mobilien Sozialen Hilfsdienst angewiesen.

Für den Hilfsdienst würden 12 €/Stunde abgerechnet. Handelt es sich um finanziell schwache Personen, würde sich Pfarrer Werner um eine Übernahme aus einer anderen Kasse bemühen. Die Kosten, auch die Personalkosten für Frau Klaus, müssten aber gedeckt werden.

Frau Klaus berichtet auf Anfrage von Frau Schöttler-Fuchs, sie sei seit fast zwei Jahren bei der evangelischen Kirchengemeinde, sei aber vorher für das Projekt „Mensch und Arbeit“ tätig gewesen. Jetzt habe sie noch mehr mit Menschen zu tun, weil sie auch in die Haushalte gehe. Sie kümmere sich auch um die Verwaltung und arbeite den Zivildienstleistenden ein.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet über ein Gespräch mit Herrn Kautz. Der Seniorenbeirat habe mit Pfarrer Werner ebenfalls ein Gespräch geführt. Nach ihrer Kenntnis bestehe eine gute Zusammenarbeit.

Sie begrüße die schnelle Umsetzung der evangelischen Kirchengemeinde. *(Ein entsprechender Flyer ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.)*

Frau Münzer (CDU-Fraktion) verweist auf verschiedene Allgemeine Soziale Dienste im Stadtgebiet und möchte wissen, ob diese vernetzt angeboten würden. Beispielfähig verweist sie auf die Freiwilligenbörse.

Dazu erklärt Frau Pelz, eine Vernetzung sei auf jeden Fall Ziel für die nahe Zukunft. Der Mobile Soziale Hilfsdienst stecke allerdings noch in den Kinderschuhen mit nur einem Zivildienstleistenden.

Herr Dr. Bernhauser (CDU-Fraktion) möchte wissen, ob der Mobile Soziale Hilfsdienst seine Arbeit im gesamten Stadtgebiet oder nur im Einzugsbereich der Kirchengemeinde anbiete. Außerdem fragt er, ob außer dem Satz von 12,50 €/Stunde noch andere Entgelte erzielt werden. Z. B. handele es sich bei der Familienhilfe um eine Leistung nach SGB V. Bei einer Erkrankung der Mutter übernehmen die Kassen zur Weiterführung des Haushaltes bestimmte Beträge. Schließlich hält er angesichts der Vielfalt der Probleme Beratungen für schwierig. Er fragt nach, ob für die unterschiedlichen Beratungen auf ein Netzwerk zurückgegriffen werden könne.

Frau Pelz verweist auf die räumliche Nähe zum Projekt „Mensch und Arbeit“. Dort können die genannten Auskünfte erteilt werden. Weder sie noch Frau Klaus würden solche Auskünfte erteilen.

Die Frage nach einer Abrechnung mit einer Kasse sei noch nicht aufgetreten. Sie verweist auf die mögliche Zusammenarbeit mit ihren Kollegen und die Diakoniestation im Evangelischen Krankenhaus.

Das Gebiet des Pfarrbezirks 1 – Stadtmitte sei als Arbeitsfeld schon groß. Anrufer von außerhalb würden zunächst auf nähere Hilfsmöglichkeiten verwiesen. Sei keine andere Hilfsmöglichkeit gegeben, würden sie aber einspringen. Auch aus praktischen Gründen (nur ein Zivi ohne Führerschein) sei ein weiträumiger Einsatz nicht sinnvoll.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich bei Frau Pelz und Frau Klaus und wünscht beiden alles Gute.

<-@

## 6 Wirksamkeit von Zuschüssen im Bereich Soziales bezogen auf das Jahr 2006

@->

Herr Gerhards (FDP-Fraktion) bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorlage. Er möchte wissen, wie diese Zahlen für die Kennzahlen im Haushalt verwendet würden. Dazu erklärt Herr Hastrich, Fachbereich 5 nutze die in der Vorlage genannten Angaben künftig bei der Entwicklung der Steuerung und Verfolgung der Haushaltsabwicklung. Die Angaben der Vorlage liegen deutlich unterhalb der Produktgruppen und würden der internen Steuerung auf der Ebene der Leistungen und Produkte dienen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

## 7 Vorberatung des Teilhaushalts für den Fachbereich 5 - Jugend und Soziales für das Jahr 2008

hier: Bereich Soziales

@->

Herr Hastrich verweist auf einen Antrag des PROGymnasiums, den bis zum 31.12.2007 befristeten Zuschuss in Höhe von 40.000 € für die Geschäftsführung des

Vereins auch für das nächste Jahr zu gewähren. Die Verwaltung habe diesen Antrag nicht in den Haushaltsentwurf aufgenommen, da der Ratsbeschluss ausdrücklich befristet war und die Verwaltung keine Möglichkeit sah, den Wunsch des PROGymnasiums im Haushalt darzustellen. Herr Mumdey sagt zu, diesen schriftlichen Antrag der Niederschrift beizufügen.

Für Herrn Dr. Bernhauser ergeben sich die dargestellten Ansätze für 2008 aus dem Jahr 2007.

Der Ansatz des sog. Löwenpasses mit 58.140 € entspreche im Prinzip dem Ansatz für 2007. Letztes Jahr sei beschlossen worden, einen großen Teil für arme bildungsbenachteiligte Kinder auszugeben. Die Mittel dafür seien längst ausgegeben. Er spricht sich dafür aus, nach einer Möglichkeit für eine Erhöhung der Mittel für den Löwenpass um 20.000 € zu suchen, um die Förderung dieser Kinder zu verbessern und für das ganze Jahr zu sichern. Überlegungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales u. a. für Pauschalen für Einschulungen seien bislang nur Vorschläge, die noch nicht eingeplant werden können.

Die Förderbeträge zur Förderung der Seniorenclubs wurden in den letzten zehn Jahren nicht angehoben. Er würde es als Zeichen sehen, auf die demographische Entwicklung zu reagieren. Diese Förderung sollten um 10.000 € erhöht werden.

Herr Gerhards bedauert, den Haushalt auch mit der Aufschlüsselung der Verwaltung nicht besser zu verstehen. Viele Ratsmitglieder hatten um eine genaue Aufstellung (CD-Rom) der Positionen gebeten, die sich hinter den Produkten verbergen. Er könne derzeit nicht abschätzen, was wie viel kostet.

Er kommt auf die Überlegung zurück, nach Kennzahlen eine Steuerung vorzugeben. Die in der Vorlage genannten Kennzahlen reichen ihm dazu nicht aus. Bis zur Verabschiedung des Haushalts sollten Überlegungen angestellt werden, wie diese Frage besser gelöst werden könne, um eine richtige Steuerungsmöglichkeit zu haben.

Beispielhaft beantragt er, die Platzzahl in der Sozialpädagogischen Wohngruppe zu verdoppeln. Im „Forum Obdachlosigkeit“ wurde über eine Warteliste für diese Gruppe berichtet, sodass weitere sechs Plätze belegt werden können. Er möchte wissen, warum diese sechs Plätze nicht als Kennzahl in der Produktgruppe 005.500 – Hilfen für Menschen in Notlagen aufgeführt sind.

Außerdem beantragt Herr Gerhards, eine Kennzahl „Personalstellen pro Begegnungsstätte“ einzuführen. Seine Fraktion möchte 1,5 Personalstellen erreichen. Als Ziel sollen diese Stellen tatsächlich besetzt werden.

Frau Alef (Fraktion KIDinitiative) dankt dem Fachbereich 5 für die konstruktive Aufstellung der Haushaltszahlen. Aus den Beschlüssen im März wurden beachtliche Ziele formuliert; das wichtigste sei erfasst. Ihre Fraktion sei jedoch der Auffassung, dass immer noch Haushaltsziele nicht formuliert wurden.

Sie schlägt vor, in der Produktgruppe 005.500 bei den Haushaltszielen „Hilfen für Menschen in Notlagen“ unter c) zusätzlich einzufügen, eine ausreichende Qualität der Unterkünfte hinsichtlich der Ausstattung und Hygiene sicherzustellen.

Bei den Haushaltszielen zu 005.510 – Eigene soziale Dienste steht unter a): „Die Rückeinnahmemöglichkeiten für Sozialleistungen wurden konsequent verfolgt“. Frau Alef schlägt vor, diese Formulierung zu ersetzen durch „Die Rückeinnahmemöglichkeiten für Sozialleistungen werden konsequent verfolgt“. Dadurch werde zum Ausdruck gebracht, dass dieses Ziel noch besteht.

Frau Alef spricht sich dafür aus, dass sich die Politik häufiger mit der Formulierung von Haushaltszielen beschäftigt.

Herr Mumdey stellt die Bedingungen dar, unter denen der Haushalt aufgestellt wurde. Die Produktsachkonten wurden von der Datenverarbeitung vorgegeben. Nacharbeiten, durch die der Plan übersichtlicher werden soll, erfolgen im nächsten Jahr.

Die Ziele müssen nachgearbeitet werden. Die Kämmerei wird im ersten Halbjahr 2009 eine systematische Kosten-Leistungs-Rechnung entwickeln, die die gesamte Verwaltung abdeckt. Dadurch sollen die Kosten den Produkten zugeordnet werden können. Das Zentrale Controlling wird Ziele dahingehend überarbeiten, ob sie in Geldbeträgen bewertet werden können.

Herr Hastrich ergänzt, dass im Rahmen des ehemaligen Löwenpasses für bestimmte Leistungen seit dem Sommer keine Gutscheine mehr ausgestellt werden. Nur dadurch konnte das Anliegen des Rates umgesetzt werden, schulbezogene Aufwendungen für Kinder aus Sozialleistungshaushalten zu finanzieren. Er stimmt der Einschätzung zu, dass die Regelsatzverordnung insbesondere zur Umsetzung des SGB II im Jahr 2008 wohl nicht mehr geändert wird.

Für die Altenclubs wurden in den vergangenen Jahren bis zu 15.000 € im Haushalt berücksichtigt. Soweit die Stadt nicht im Rahmen haushaltswirtschaftlicher Maßnahmen zu Kürzungen gezwungen war, flossen diese Mittel tatsächlich ab. Sie wurden aber nicht erhöht; für das nächste Jahr wurde diese Summe wieder angesetzt. Nutznießer dieses Zuschusses sind etwa 40 Seniorenclubs. Dabei handelt es sich um keine Kostenerstattung, sondern um eine Anerkennungspauschale.

Die Anregung Herrn Gerhards zum sozialpädagogisch betreuten Wohnen als Übergang in selbständiges Wohnen betreffe die Leistungen nach SBG XII, die seit dem 01.01.2007 wieder beim Kreis liegen. Wie viele Plätze in diesem Bereich zur Verfügung gestellt werden, entscheidet der Kreis im Benehmen mit dem Landschaftsverband.

Mit der neuen Zielvereinbarung werden die 1,5 Stellen für die Seniorenbegegnungsstätten vorgesehen. Ausgenommen sind die Seniorenbegegnungsstätten in Hand. Vor einigen Jahren wurde beschlossen, die beiden Begegnungsstätten in Hand im Grundsatz zu behandeln, als wäre es eine. Hier sei die Personalbesetzung pro Begegnungsstätte reduziert.

Die Anregung Frau Alefs zur Qualität der Obdachlosenunterkünfte als Ziel greife er gerne auf. Die Schwierigkeiten bestanden darin, die Qualität so präzise zu beschreiben, dass sie als Steuerungsziel berücksichtigt werden kann. Der vorhandene Beschluss zur Unterbringungssituation berücksichtige aber schon die Art und Weise der Unterbringung.

Hinsichtlich des anderen Vorschlags Frau Alefs ist Herr Hastrich der Auffassung, die von der Verwaltung gewählte Formulierung drücke aus, dass es sich um ein Ziel und nicht um die Aufforderung handelt, etwas zu tun.

Auf Anfrage von Frau Schöttler-Fuchs erklärt Herr Hastrich, die zusätzlichen sechs Plätze für sozialpädagogisch betreutes Wohnen erforderten eine Aufstockung des Personals. Hier handele es sich aber um eine Aufgabe des Kreises. Frau Schöttler-Fuchs spricht sich dafür aus, dass der Sozialausschuss den Kreis zu dieser Vorgehensweise auffordert.

Herr Galley verweist darauf, dass die Einführung des NKF an der desolaten Finanzlage der Stadt nichts Grundlegendes ändert. Es sei grundsätzlich richtig, sich mit zu großen Wünschen an den Haushalt zurückzuhalten, da die Belastung durch die Schulden an die nachfolgenden Generationen weitergegeben wird.

Inhaltlich stimme er den Ausführungen Herrn Dr. Bernhausers zu. Die Inanspruchnahme des ehemaligen Löwenpasses durch die zusätzliche Zielgruppe zeige, dass die Erweiterung in die richtige Richtung gezielt habe. Er selbst habe an den Schulen in Refrath für die Maßnahme Werbung gemacht. Für diese Kosten müsse eine Gegenfinanzierung gefunden werden, weil sich die Ausgaben insgesamt nicht erhöhen sollten.

Herr Dr. Bernhauser merkt an, dass der Sozialausschuss die sozialen Belange der Stadt vertritt. Im Sozialhaushalt entfallen gut 90% auf gesetzliche Pflichtaufgaben. Im Kulturbereich wird im Bereich der freiwilligen Leistungen eine sehr viel kulantere Einstellung vertreten. Es mache einen Unterschied, ob Einschränkungen von einem hohen oder einem niedrigen Standard aus erfolgen. Aus dieser Überlegung heraus wirbt Herr Dr. Bernhauser um Zustimmung für die moderaten Erhöhungswünsche seiner Fraktion.

Herr Mumdey erklärt, die höhere Eigenverantwortung der Stadt durch die Einführung des NKF werde durch die Ausgleichrücklage begrenzt. Diese Rücklage umfasst  $\frac{1}{3}$  der durchschnittlichen Steuereinnahmen der letzten drei Jahre. Der Haushalt gilt auch dann als ausgeglichen, wenn die Ausgleichrücklage verbraucht wird. Maßgeblich sei das Ende des Finanzplanungszeitraumes, also ausgehend von diesem Jahr 2011. Entsprechend der gesetzlichen Vorgabe muss ein HSK aufgestellt werden, wenn am Ende des Finanzplanungszeitraums die allgemeine Rücklage nach Aufbrauchen der Ausgleichrücklage zwei Mal um 5% angegriffen wird. Dieses Jahr bestehe noch die Möglichkeit für kleinere Freiheiten, aber er warnt vor größeren Eingriffen. Beim NKF handele es sich um eine andere Art der Darstellung, aber um keine Lösung der Haushaltsprobleme. Die bessere finanzielle Lage der Stadt im Vergleich zum letzten Jahr liegt entscheidend in der Erhöhung der Einkommensteueranteile um 5,5 Mio. € und ähnliche konjunkturell bedingte Mehreinnahmen. Diese stehen aber nicht ewig zur Verfügung. Daher habe er einen Wiederholungshaushalt mit den gleichen Ansätzen wie im letzten Jahr verordnet.

Herr Gerhards stimmt Herrn Galley grundsätzlich zu. Andererseits teilt er die Auffassung Herrn Dr. Bernhausers, auch dann in die Zukunft zu investieren, wenn es einer Stadt schlecht geht. D. h., auch die Kinder und Jugendlichen, die es sich sonst nicht leisten können, müssen gut ausgebildet werden.

Er möchte wissen, warum die Personalstellen pro Begegnungsstätte nicht auch im Haushalt stehen. Dabei handele es sich um eine messbare Größe.

Grundsätzlich fehlen ihm noch Unterlagen, die ihm ermöglichen, hinter die Konten zu sehen.

Herr Schnöring schließt sich den Ausführungen Herrn Gerhards an, verweist aber darauf, dass es sich hier um Neuland handelt.

Auch seine Fraktion könne die Wünsche Herrn Dr. Bernhausers unterstützen. Allerdings sei er vorsichtig, wenn es darum gehe, unterschiedliche Bereiche gegeneinander auszuspielen. Außerdem möchte er wissen, ob der mit 10.000 € angesetzte Betrag willkürlich gewählt sei oder ob ihm eine Berechnung der Verwaltung zugrunde liegt.

Frau Alef möchte wissen, warum nicht die Ist-Zahlen erfasst werden konnten, z. B. die Zeit zwischen Antragstellung und Bescheiderteilung. Darüber hinaus möchte sie die Verwaltung beauftragen, dass im Frühjahr 2008 der Sozialausschuss sich mit der Formulierung konkreter Haushaltsziele auseinandersetzt.



Herr Galley hält den Haushalt für eine hervorragende Leistung der Verwaltung trotz der Kritik, die sich aus der Neuerung ergibt. Zum Löwenpass sagt er zu, sich für die Änderungswünsche Herrn Dr. Bernhausers in seiner Fraktion zu verwenden.

Frau Schu (CDU-Fraktion) erklärt, Zielsetzungen können und sollen ausgebaut werden. Um ein Sparvolumen oder Erhöhungen zu erkennen, werden nach ihrer Auffassung Zahlen benötigt. Formulierungen seien auslegungsfähig.

Herr Mumdey verweist darauf, dass es sehr leicht messbare Ziele gibt, die als Grundlage für konkrete Haushaltssteuerungen genutzt werden können, z. B. Platzzahlen in Kindertagesstätten. In anderen Fällen wird es schwierig, politische Wünsche in Zahlen auszudrücken, sodass eine Grundlage für haushaltsrechtliche Entscheidungen und Steuerungen besteht. Beispielhaft verweist er auf die Messbarkeit guten Unterrichts. Hier sind weitere Arbeiten erforderlich.

Herr Dr. Bernhauser erklärt, der genaue Bedarf des Mehrbedarfs seiner Vorschläge sei noch nicht bekannt. Seiner Fraktion kam es darauf an, grundsätzlich Einigkeit über die deutliche Steigerung des Bedarfs zu erzielen. Zwischen dem Bedarf und der Finanzierung müsse ein gangbarer Weg gefunden werden. Mit den Altenclubs habe sich der Seniorenbeirat befasst.

Generell ist Herr Dr. Bernhauser dagegen, den Sozialbereich von Erhöhungen freiwilliger Leistungen auszuschließen. Er sei betroffen darüber gewesen, wie viele Bergisch Gladbacher zu den ersten Ausgaben der Tafel gekommen seien und wie viele Kinder der Offenen Ganztagschule Zuschüsse aus dem Landesfonds brauchen.

Herrn Hastrich ist der Bedarf beim Löwenpass nicht bekannt, weil nicht erhoben wurde, wie viele Anträge nicht gestellt bzw. wie viele Personen nicht ermuntert wurden, Leistungen in Anspruch zu nehmen. Dass vermutlich mehr Geld benötigt würde, habe die Verwaltung bereits letztes Jahr dargestellt. Etwa die Hälfte der Mittel würde dafür benutzt, die durch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit erforderlichen Aufwendungen abzudecken. Sofern die Regelsatzverordnung nicht geändert wird, wird keine Erhöhung beim Löwenpass den Bedarf decken können.

Die Frage nach Kennzahlen im Haushalt sei eine Frage der grundsätzlichen Systematik der Haushaltsaufstellung. Kennzahlen für Personal in Seniorenbegegnungsstätten bewegen sich unterhalb der Produkte im Haushalt. Der Ratsbeschluss besagt, dass der Rat Produktgruppen steuert, aber keine Einzelteileleistungen. Zusätzliche Kennzahlen würden den Haushalt eher unübersichtlicher machen. Gleichwohl sei ein schwieriges Problem, wie der Haushalt gesteuert werden soll.

Jedem Ausschuss bleibe die Möglichkeit, unterhalb der Haushaltssteuerung politischen Willen mit Zielsetzungen zu verknüpfen. Die Zielvereinbarung „Altenhilfe“ würde der Überprüfung zugeführt. Dazu verweist er auf die Vorlage zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Dass nicht zu allen Kennzahlen Ist-Angaben existieren, liege daran, dass die Zahlen dazu nicht vorliegen. Ziele und Kennzahlen wurden erst Mitte des Jahres entwickelt bzw. formuliert. In der Regel wurden die jeweiligen Sachverhalte zuvor nicht systematisch beobachtet.

Herr Gerhards verweist darauf, dass die Verwaltung zielbezogene Kennzahlen deutlich unter der Produktebene entwickelt habe. Beispielhaft nennt er Besucherzahlen in Seniorenbegegnungsstätten.

Herr Hastrich sieht im Vorschlag Frau Alefs eine Möglichkeit, wie eine bessere Steuerung erfolgen könne. Nächstes Frühjahr könne man sich mit der Zielsetzung für den Haushalt 2009 beschäftigen. Anhand der im Ausschuss beschlossenen Zielsetzungen könne die Verwaltung dann den Haushalt zusammenstellen.

Herr Mumdey verweist darauf, dass der Haushalt ein Vorschlag sei. Die Verwaltung sei offen für andere Vorstellungen oder Ergänzungen zum Thema „Ziele“. Gegenstand der Erörterung könne auch sein, welche Erläuterungen in die entsprechende Rubrik aufgenommen werden soll.

Frau Schöttler-Fuchs zeigt sich erfreut über die Diskussion. Sie bittet um eine Sachstandsmitteilung in der Februarsitzung hinsichtlich der Empfehlungen an den Kreis.

Auf Vorschlag Herrn Schnörings fasst der Sozialausschuss nicht den vorgeschlagenen Beschluss, sondern nimmt die Vorlage einstimmig zur Kenntnis.

Die von der CDU-Fraktion gewünschten Erhöhungen werden geprüft und in die Vorlage für den Finanz- und Liegenschaftsausschuss aufgenommen. Herr Hastrich sagt zu, zusätzlich in die Vorlage für den Finanz- und Liegenschaftsausschuss eine Stellungnahme zum Antrag des PROGymnasiums aufzunehmen.

8 <-@  
**Zielvereinbarung für die soziale Versorgung für die Senioren und Seniorinnen**  
**2008 - 2013**

@->

Herr Becker (SPD-Fraktion) berichtet als amtierender Vorsitzender des Seniorenbeirates über ein Gespräch des Seniorenbeirates mit der Verwaltung am 01.10. Der überwiegende Teil der Einlassungen des Beirates wurde ausgeräumt. Besonders erfreut sei er über den Hinweis, dass die offene Stelle im Seniorenbüro wieder besetzt werden soll.

Ständig unterschiedliche Auffassungen bestehen über die Altersarmut. Die städtische Statistik prognostiziere eine Abnahme der Altersarmut, während alle Fachleute von einer Zunahme ausgehen.

Herr Becker schlägt dem Ausschuss vor, die Zielvereinbarung anzunehmen.

Herr Gerhards verweist auf die Messzahlen zur Nachprüfbarkeit der Zielerreichung. Er regt an zu überprüfen, ob die Besucherinnen und Besucher der Seniorenbegegnungsstätten mit dem Angebot zufrieden sind bzw. welche Wünsche sie noch haben.

Herr Dr. Bernhauser zeigt sich vor dem Hintergrund der Kritik aus der letzten Ausschusssitzung zufrieden über die Ausführungen Herrn Beckers. Angesicht des langen Zeitraums, für den die Zielvereinbarung gelten soll, lohne es sich, die Akzeptanz der Vertretung der Betroffenen einzuholen. Er hoffe, dass die Kommunikation kontinuierlich bleibt und die Fragen, die die Seniorinnen und Senioren betreffen, frühzeitig mit dem Beirat abgestimmt werden.

Herr Hastrich stellt klar, dass es im Grundsatz in der Frage der Altersarmut keinen Dissens zwischen dem Seniorenbeirat und der Verwaltung gebe. Die Aussagen beziehen sich auf unterschiedliche Betrachtungsweisen.

Herrn Beckers Ausführungen über die Zunahme der Altersarmut seien zutreffend. Bei den künftigen Rentenjahrgängen würde die Anzahl der Personen ohne durchgehende

Berufsbiographien zunehmen. Die Aussage in der Vorlage bezieht sich nicht auf die Zukunft, sondern auf die Vergangenheit und die aktuelle Lage. In der Gruppe der über 65-jährigen ist der Anteil an Empfängern von Transferleistungen außerhalb der Rentenversicherung deutlich niedriger als in der Gruppe der unter 65-jährigen.

Der Vorschlag Herrn Gerhards zur Erhebung der Besucherzufriedenheit werde in die Diskussion mit den Leitungen der Seniorenbegegnungsstätten aufgenommen. An einem qualitativ zufrieden stellenden Angebot in den Begegnungsstätten seien alle Seiten interessiert. Gespräche in diesem Bereich würden zwischen den Kolleginnen und den Nutzern der Begegnungsstätten geführt.

Seines Wissens nehme immer eine Vertreterin der Verwaltung an den Sitzungen des Seniorenbeirates teil. Die Verwaltung sei bemüht, die Anliegen des Seniorenbeirates frühzeitig aufzugreifen. Unterschiedliche Auffassungen gebe es gelegentlich über den Umfang der Beteiligung des Beirates.

Herr Becker erinnert daran, dass bei Einführung der Grundsicherung die Transferleistungen besonders für ältere Frauen („verschämte Altersarmut“) sprunghaft anstiegen. Auf seine Anfrage erklärt Herr Hastrich, die Zahlen hätten sich zutreffend bei Einführung der Grundsicherung verändert. Mehr Personen hätten ihre Ansprüche auf Sozialleistungen eingefordert. Trotz dieser Steigerung ist die Anzahl der Leistungsbezieher über 65 relativ geringer als die Anzahl der Sozialleistungsbezieher unter 65 Jahren. Diese Relation wird sich künftig verschieben. In den nächsten Jahren werde es deutlich mehr Leistungsberechtigte nach SGB XII geben als in den vergangenen Jahren. Diejenigen, die heute im Leistungsbezug nach SGB II sind und nach Langzeitarbeitslosigkeit in Rente gehen, werden mit ziemlicher Sicherheit Leistungsempfänger nach SGB XII. Die Vermögensbestände werden bis dahin aufgebraucht; wegen fehlender durchgehender Erwerbstätigkeiten wurden keine ausreichenden Rentenanwartschaften erworben.

Der Sozialausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-@

@->

Die Zielvereinbarung Altenhilfe (Teil B der DS-Nr. 400/2007) wird als Gestaltungsrahmen für die Seniorenarbeit in Bergisch Gladbach für die Jahre 2008 – 2012 beschlossen.

<-@

10

**Entsendung eines Mitglieds des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundige Einwohnerin in den Jugendhilfeausschuss**

@->

Der Sozialausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-@

@->

Gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in Bergisch Gladbach und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen wird Frau Claudia Breuer-Piske anstelle des Herrn Andreas Fritsch als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss entsandt.

<-@  
11 **Jahresbericht der Internationalen Begegnungsstätte**

@->

Herr Dr. Bernhauser lobt die gute Arbeit, die in der Vorlage dargestellt wird. Der Bericht sei sehr differenziert. Seine Fraktion wünscht für den Bericht 2008 ein eigenes kleines Kapitel „Zusammenarbeit der Internationalen Begegnungsstätte mit dem Integrationsbeirat“.

Frau Schöttler-Fuchs schlägt vor, im nächsten Jahr eine Sitzung in den neuen Räumen der Internationalen Begegnungsstätte durchzuführen. Bei dieser Gelegenheit könnten die neuen Räume besichtigt werden.

Frau Münzer weist darauf hin, dass der Integrationsbeirat und die Begegnungsstätte in mehreren Sitzungen gemeinsam das Thema „Erstellung eines Integrationskonzeptes“ beraten.

Herr Bierganns (Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e. V.) berichtet, ein Mitglied des Integrationsbeirates habe erklärt, gewünscht würde eine Spiel- und Sportstätte in Bergisch Gladbach.

Dazu erklärt Frau Schöttler-Fuchs, die Sportstätte werde als freier Treffpunkt für Jugendliche verschiedener Nationen gewünscht. Der Integrationsbeirat müsse solche Vorschläge dem Jugendhilfeausschuss und dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport unterbreiten.

Frau Münzer ergänzt, dieser Vorschlag sei von Herrn Apatsidis von der griechischen Gemeinde gemacht worden. Der Wunsch sei durchaus berechtigt. Sie sei bereit, dem Integrationsbeirat mitzuteilen, dass bei einem ernsthaften Vorhaben dieser Art ein Schreiben oder Antrag aufgesetzt wird.

Herr Galley möchte wissen, wo der Unterschied zu einem anderen Verein mit der Möglichkeit des Eintritts für jeden liege. Frau Schöttler-Fuchs geht davon aus, dass Herr Scherer dafür sorgt, dass im Integrationsbeirat das Ziel dieses Vorschlags erörtert wird. Ihr sei nicht klar geworden, wie ernst dieser Vorschlag gemeint war. Nach ihrem Verständnis solle es sich nicht um einen Verein, sondern um einen freien Treffpunkt handeln.

<-@  
12 **Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil**

@->

Herr Galley

Vor nicht allzu langer Zeit haben wir eine gGmbH im sozialen Bereich gegründet. Bisher sind bei mir nur Äußerlichkeiten angekommen wie die Bestimmung der Geschäftsführung. Sind hier auch Tätigkeiten inhaltlicher Art zu verzeichnen, über die hier berichtet werden könne?

Herr Schnöring

1. Diese Anfrage hat nicht direkt mit dem Sozialbereich zu tun, aber ich möchte sie trotzdem stellen.

Am Samstag war ich zur Mahnwache am Stellawerk zum 08./09. November U. a. wurde von einem Redner über Agnes Miegel gesprochen. Dabei handele es sich

um eine Literatin, die den Nationalsozialisten sehr nahe stand. Sie habe auch eine Ode an Hitler geschrieben. In Bergisch Gladbach ist eine Straße nach Agnes Miegel benannt. War das der Verwaltung bekannt? Wann wurde diese Straße gewidmet? Gibt es noch mehr Straßen in Bergisch Gladbach, die sehr nahe an die Nationalsozialisten herankommen? Ich bin mir bewusst, dass die Bearbeitung dieses Prüfauftrages einige Zeit erfordert.

2. In Heidkamp sind sehr viele Nazi-Schmierereien insbesondere auf den Stromkästen. Dafür ist eher die BELKAW zuständig. Betroffen sind aber auch städtische Straßenlaternen. Seit sehr langer Zeit sind solche Schmierereien auch an einer Außenmauer am DBG. Werden solche Sachen durch städtische Mitarbeiter kontrolliert? Besteht die Möglichkeit, möglichst schnell Abhilfe zu schaffen? Ich weiß, dass vielleicht nach einer Woche dort neue Schmierereien angebracht sind.

#### Herr Kraus

1. Vorhin habe ich mit Erstaunen vernommen, dass es im Fachbereich Jugend und Soziales kein internes Controlling hinsichtlich der Laufzeiten im Sozialbereich bei Antragsverfahren gibt. Trifft dies zu? Dann wäre es so vorgesehen, dass wir für den nächsten Haushalt z. B. einen Antrag stellen. Im Sozialbereich werden Anträge durch die Stadt Köln innerhalb von vier Wochen erledigt.
2. Es ist sicherlich bekannt, dass die Versorgungsverwaltung demnächst beim Kreis im Kreishaus gegenüber dem Finanzamt angesiedelt ist. Aus sicherer Quelle ist mir bekannt, dass dieses Gebäude nicht behindertengerecht ausgerichtet ist. Da, wo die Abteilung hinkommt, ist eine Glastür, die von Rollstuhlfahrern nicht durchquert werden kann. Ich rege an, dass die Stadtverwaltung beim Kreis anregt, dort Abhilfe zu schaffen.

#### Frau Münzer

1. Ist es richtig, dass das städtische Ausländeramt dem Kreis angegliedert wird und es demnächst nur noch ein Kreisausländeramt gibt? Für wann ist das geplant? Welches sind die Hintergründe?
2. Zu Skarabäus habe ich folgende Anmerkungen:  
Skarabäus wird bei den Hilfsdiensten genannt, die hier aufgelistet sind. Ich bin in der letzten Zeit häufiger da gewesen. Das Angebot hat sich weit entfernt von den Ausführungen, soweit es den allgemeinen Haushalt betrifft. Skarabäus entwickelt sich immer mehr zu einem Geheimtipp für Antiquitäten. Es macht fast keinen Sinn mehr, Hilfsbedürftige zu Skarabäus zu schicken, um sich nach Lampen, Staubsaugern oder ähnlichem umzusehen. Wie weit können wir Einfluss darauf nehmen?

#### Herr Pick

Im Protokoll der letzten Sitzung wurde Herr Hoffstadt mit der Anmerkung wiedergegeben, die „Tafel“ habe auch einen Bedarf an Medikamenten. Mir als Apotheker ist es ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass Arzneimittel Waren der besonderen Art sind. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich auch in Bergisch Gladbach Leute nicht die nötigste pharmazeutische Versorgung leisten können. Daher habe ich dieses Problem in die Apothekerschaft getragen. Einerseits möchten wir gerne unseren Beitrag zu einer unbürokratischen Hilfe leisten, andererseits sichergestellt sehen, dass dies arzneimittelrechtlichen Bedingungen genügt. Daher frage ich an, nicht zuletzt, da

bei der Armutskonferenz deutlich wurde, dass dies nicht nur für die pharmazeutische, sondern auch für die medizinische Versorgung gilt, ob sich die Stadt evtl. einen runden Tisch vorstellen könnte, der einmal genau den Bedarf abklärt, auf der anderen Seite Vorschläge mit uns gemeinsam, mit Ärzten, evtl. mit dem Gesundheitsamt zusammen entwickelt, wie man dieses Problems Herr werden kann?

Dazu erklärt Frau Schöttler-Fuchs, es gebe ein Protokoll einer interfraktionellen Veranstaltung, zu der Verbände und Fraktionen eingeladen waren. Dieses Protokoll wurde gestern versandt. Die Idee finde sie gut, unabhängig davon, ob dies von der Stadt oder weiter vom interfraktionellen runden Tisch bearbeitet wird. Es gehe dabei um Medikamente und die gesundheitliche Betreuung der Bedürftigen in Bergisch Gladbach. Das Thema wurde von Herrn Kerkhoff, der selbst Apotheker ist, eingebracht. Es wurden Vergleichsstädte und -projekte genannt. Übereinstimmende Meinung war, dies in Bergisch Gladbach zu installieren. Gesucht werden Apotheker und Ärzte, die sich dazu bereit erklären.

#### Herr Lauten

Ich habe eher einen allgemeinen Hinweis als eine Anfrage. Den Ausschussmitgliedern wurde ein Flyer für eine Veranstaltung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen am 01.12. im Ratssaal Bensberg verteilt. Zu dieser Veranstaltung ist jeder herzlich willkommen.

#### Herr Galley

Ich habe vorhin eine Anfrage vergessen. In Refrath ist seit längerer Zeit im Umfeld der Kita Wittenbergstraße in Verlängerung der Straße Inder Taufe ein bekannter Treffpunkt sozial auffälliger Personen. So viel ich weiß ist dies auch der Verwaltung bekannt. Wie mir zufällig bekannt wurde, haben sich einige Anwohner zusammengeslossen, die wohl an die Ordnungsbehörde herantreten wollen, um sich dort nach dem Stand der Dinge zu erkundigen. Teilweise würden von diesem Personenkreis Belästigungen spürbarer Natur ausgehen. Wie ist die Kenntnislage bei der Stadt?

#### Frau Alef

Ich nehme Bezug auf die Anfrage Frau Münzers. Mir ist Skarabäus ähnlich aufgefallen. Ich glaube auch, dass es schwieriger geworden ist, dort preisgünstig die notwendigen Haushaltsgegenstände und Möbel erwerben zu können. Ich würde mir wünschen, dass es in der Stadt etwas Ähnliches wie die „Tafel“ für Möbel und für Haushaltsgegenstände gibt. Vielleicht gibt es irgendwann die Möglichkeit, dass die Stadt sicherstellt, dass eine Ausgabestelle preisgünstig Möbel weitergibt und dass Lagerfläche vorhanden ist, wo solche Möbel gelagert werden. Ich weiß, dass immer wieder auch gute Möbel weggeworfen werden, die noch hätten weitergegeben werden können. Skarabäus verkauft nicht alle Möbel weiter, weil dies nicht wirtschaftlich sei. Herr Mumdey berichtet, Herr Wasserfuhr und er hätten begonnen, im Verhältnis Kreis und Stadt einige Dinge zu bereinigen. Als Ergebnis kommt das Rechtsamt zum 01.12. zurück zur Stadt. Auch bei der Wohnungsverwaltung werde eine bestimmte Vereinbarung geändert. Außerdem wurden Gespräche über die Geschwindigkeitsüberwachung geführt. Vereinbarungen zum Ausländeramt können im Gegensatz zu den vorangegangenen Punkten nicht von der Verwaltung allein geregelt werden. Landrat und Bürgermeister waren der Meinung, es sei nicht einsichtig, wenn in kurzer

Entfernung zwei Ausländerämter nebeneinander herarbeiten. Bergisch Gladbach sei aufgrund seiner Größe gesetzlicher Aufgabenträger für die Stadt, während der Kreis diese Aufgaben für das restliche Kreisgebiet wahrnimmt. Es werde überlegt, ob es nicht sinnvoll sei, beide Ausländerämter zu einem zusammenzufassen.

Die Untersuchungen und Gespräche erfolgen derzeit. Eine Entscheidung werde auf politischer Ebene erfolgen.

Frau Münzer berichtet aus einer Sitzung in der Kreisverwaltung, in der bereits der Umzug des Ausländeramtes mitgeteilt wurde. Herr Mumdey stellt klar, dass eine solche Entscheidung noch ausstehe.

Herr Hastrich weist darauf hin, dass der Kreis derzeit seine Verwaltungseinheiten anders auf die Kreishäuser verteile. Dabei werde sowohl die Unterbringung der Versorgungsverwaltung als auch die mögliche Übernahme zusätzlicher Aufgaben berücksichtigt.

Auf Skarabäus habe die Stadt keinerlei Einfluss. Skarabäus sei ein Unternehmen wie jedes andere auch, allerdings mit einer speziellen Zwecksetzung. Eine indirekte Einflussnahme bestehe allenfalls durch regelmäßige Kontakte mit der Organisation. An der wirtschaftlichen Ausrichtung lasse sich auch im Hinblick auf beträchtliche Investitionen und zahlreiche Einstellungen der vergangenen Jahre kaum etwas ändern.

Dies dürfe aber nicht dazu führen, dass solche Hilfsmöglichkeiten nicht mehr existieren. Hier handele es sich auch um ein Betätigungsfeld der GL Service gGmbH. Aus verwaltungstechnischen Gründen habe es bei der gGmbH ziemliche Verzögerungen gegeben. Ehe die Gesellschaft ins Handelsregister eingetragen werden konnte, wurde eine Bescheinigung des Finanzamtes benötigt, die wegen der Bearbeitung im Finanzamt schwierig zu erhalten war. Der Notar hat inzwischen die Eintragung der GL Service gGmbH ins Handelsregister beantragt; mit dem Vollzug der Eintragung sei täglich zu rechnen. Die Gesellschaft sei bereits aktiv. Als erster Schritt sei die Überleitung der Arbeitsgelegenheiten vorgesehen. Mit Schuljahresbeginn wurde ein Projekt an der Hauptschule Ahornweg begonnen, das personell durch einen zukünftigen Mitarbeiter der gGmbH umgesetzt wird. Auch die Finanzierung sei an die gGmbH gebunden, weil dafür Stiftungsmittel zur Verfügung gestellt wurden. Diese Mittel seien an die Ausführung der Arbeit durch einen gemeinnützigen Träger gebunden.

Sobald die Eintragung im Handelsregister vorliegt, beabsichtigt die Geschäftsführung der gGmbH die Durchführung einer Gesellschafterversammlung. Anvisiert ist unter Berücksichtigung der Rats- und Ausschusstermine als Termin der 19.12. Dann werde ein Wirtschaftsplan für 2007 und 2008 vorgelegt.

Herr Hastrich sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfragen Herrn Schnörings zu. Die Frage zum Controlling beruhe auf einem Missverständnis. Die Arbeit der Verwaltung werde auch heute schon kontrolliert und überwacht. Es lägen aber noch nicht für alle denkbaren Kennzahlen vollumfängliche Erhebungen vor. Z. B. würde bei den Laufzeiten der Anträge eine Stichprobenkontrolle durchgeführt. Die zuständige Sachgruppenleiterin überwacht, wie lange es dauert, bis ein Antrag bewilligt wird. Eine vollumfängliche Erhebung gebe es aber nicht. Darauf habe sich seine Aussage bezogen. Unbestritten könne das Controlling ausgebaut und verbessert werden. Anregungen zur Versorgungsverwaltung würden gerne an den Kreis weitergegeben werden.

Zum Runden Tisch zu Defiziten in der pharmazeutischen und medizinischen Versorgung schlägt Herr Hastrich vor, zunächst ein erstes Sondierungsgespräch mit Vertretern der Beteiligten (Apotheker, Ärzteschaft, Kreisgesundheitsamt, Tafel) herbeizuführen. Dann müsse geprüft werden, wie die Arbeit weiterverfolgt werden könne. Er

werde im Ausschuss über die weiteren Planungen berichten.

Der Standort In der Taufe sei in der Tat schwierig. Vor wenigen Wochen wurde in einer konzertierten Aktion zwischen Mitarbeitern im Bereich der Unterbringung von Obdachlosen und dem Jugendamt eine Behausung entfernt, in der sich verschiedene Personen häuslich dauerhaft eingerichtet hatten. Die Umstände waren für die Betroffenen und die Nachbarschaft ungeeignet. Alle Betroffenen (auch Minderjährige) sind städtisch betreut untergebracht. Zurzeit bestehen Bemühungen, zu anderen Verhaltensweisen der Personengruppe insgesamt zu kommen. In Zusammenarbeit mit dem „Netzwerk Wohnungsnot“ und den freien Trägern werde versucht, zu einer Entspannung zu kommen.

Auf Nachfrage Frau Schus erklärt Herr Hastrich, Skarabäus sei weiterhin gemeinnützig. Die Gemeinnützigkeit betreffe die Gewinnverwendung, nicht die Art des Wirtschaftens. Eine gGmbH dürfe ihren Gewinn nicht an den Gesellschafter ausschütten, sondern müsse den Gewinn für den gemeinnützigen Gesellschaftszweck verwenden. Dies sei bei Skarabäus beispielsweise die Beschäftigung ehemals Drogenabhängiger.

Frau Schöttler-Fuchs schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.02 Uhr. <-@